

Nachrichten aus Brüssel

Diskussion über Zukunft der EU

Angesichts des bevorstehenden EU-Austritts Großbritanniens und vieler anderer Krisen hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Ende Februar in Brüssel ein „Weißbuch zur Zukunft der Europäischen Union“ vorgestellt. Das Weißbuch ist der Beitrag der Europäischen Kommission für das Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Rom, mit dem an die Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ und die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor 60 Jahren erinnert werden soll. Unter dem Titel „Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien“ skizziert das Weißbuch in insgesamt fünf Szenarien, wo die Union 2025 stehen könnte – je nachdem, welchen Kurs sie einschlägt. Damit soll eine intensive Diskussion über die Zukunft angestoßen werden. Die fünf Optionen reichen von einem „Weiter so wie bisher“ über die „Reduzierung der EU auf ihren Binnenmarkt“ bei zeitgleichem Rückzug aus vielen anderen Politikbereichen, einem „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“, in denen Staatengruppen auf einzelnen Politikfeldern schneller voranschreiten, bis zu einer „Rückführung der EU auf ihre Kernkompetenzen“ sowie einer „umfassenden Erweiterung der Zusammenarbeit in allen Politikbereichen“. Laut Juncker liegt mit dem Weißbuch der Ball im Spielfeld der EU-Mitgliedsstaaten. Diese müssten sich dazu bekennen, wie es mit der EU in Zukunft weitergehen soll.

345 000 Zahnärzte in der EU

Eurostat, das Statistikamt der Europäischen Union, hat Ende 2016 neue Zahlen über die Zahnärztdichte in der EU veröffentlicht. Demnach arbeiteten 2014 insgesamt rund 345 000 Zahnärzte in der EU. Die Eurostat-Daten zeigen auch, dass die Zahl der Zahnärzte im Verhältnis zur Bevölkerung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten stark voneinander abweicht. Spitzenreiter ist mit Abstand Griechenland. Hier kommen auf 100 000 Einwohner 126 praktizierende Zahnärzte. Es folgen

Bulgarien und Zypern mit jeweils 98 Zahnärzten sowie Estland mit 92. Am unteren Ende der Skala liegen Großbritannien mit 54, die Niederlande mit 52, Malta mit 47 und Polen mit 34 Zahnärzten pro 100 000 Einwohnern. Deutschland rangiert im oberen Mittelfeld. In der Bundesrepublik kommen 85 Zahnärzte auf 100 000 Einwohner. Im Nachbarland Österreich sind es lediglich 57 Zahnmediziner. Mit einigen Ausnahmen blieb die Zahl der Zahnärzte in den meisten EU-Mitgliedsstaaten zwischen 2009 und 2014 weitgehend unverändert. In Deutschland war im Beobachtungszeitraum laut Eurostat ein leichter Zuwachs von 80 auf 85 Zahnärzte je 100 000 Einwohner zu verzeichnen.

Kritik an Dienstleistungspaket

Die Beratungen über das Anfang des Jahres von der Europäischen Kommission vorgestellte Dienstleistungspaket haben im Februar begonnen. Das Paket besteht aus mehreren Gesetzgebungsvorschlägen, die in ihrer Gesamtheit darauf abzielen, die Erbringung von Dienstleistungen sowohl auf nationaler als auch auf grenzüberschreitender Ebene spürbar zu erleichtern. Dazu gehört aus Sicht der Kommission insbesondere der Abbau berufsrechtlicher Regulierung. EU-Binnenmarktkommissarin Elzbieta Bienkowska präsentierte im federführenden Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments die Eckpfeiler des Dienstleistungspakets und warb für die Unterstützung ihrer Vorschläge. Auf Ebene der EU-Mitgliedsstaaten hat die Diskussion über das Dienstleistungspaket ebenfalls Fahrt aufgenommen. In einer Verbändeanhörung des federführenden Bundeswirtschaftsministeriums Mitte Februar in Berlin wurde deutlich, dass die Vertreter der regulierten Berufe und Gewerkschaften massive Bedenken gegenüber dem Dienstleistungspaket haben. Sie warnten übereinstimmend vor einem drohenden Qualitätsverlust bei Dienstleistungen zulasten von Verbrauchern und Patienten, falls das Berufsrecht künftig verstärkt unter dem Aspekt des Wirtschaftswachstums bewertet wird.